

Reichswart

GRAF E. REVENTLOW

Der „Reichswart“ erscheint jeden Sonnabend
Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichswart“ G. m. b. H., Berlin SW 11, Bernburger Str. 30, entgegen.
Fernsprecher: Bismarck 8082.
Postfach-Nr.: Berlin 88714
Bankverbindung: Deutsche Reichsbank, Berlin SW 7, Bismarckstr. 101
Unverlangt Manuskript. & Rückporto beizufügen.

Bezugs-Preise:

Inland: vierteljährlich, durch die Post 2.-Rm. durch Kreuzband 3.-Rm. Ausg. B monatlich 1 Rm. Deutschösterreich vierteljährlich 3 Schilling.

Ausland: Viertel, 1. Dollar.

Anzeigen-Preise:

Für die 14spalt. Mittelzeile 15 Goldmark, d. ganz Seite 600 Goldmark. Bei Platzmangel kürzert entsprechend. Aufschlag Kabati nach Tarif.

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Nummer 31 Berlin, den 1. Erntings (August) 1925 6. Jahrgang

Inhalt: Die „Friedensoffensive“. — Ein Beitrag zu den Fragen der deutsch-russischen Beziehungen und der „eurasischen“ Bewegung. — Landesversammlung der deutschen Freiheitspartei (Württemberg) in Stuttgart am 19. Juli 1925. — Ist die „Deutschnationale Vereinigung“ ein Gewinn für die Freiheitspartei? — Schulblüde und ihre Spiegelfechterei. — Die Reichstagsaktion der Deutschösterreichischen Freiheitspartei an den Reichskanzler. — Ein Brief.

Die „Friedensoffensive“.

Es sind keine ruhmreichen Erinnerungen, die sich beim Klang dieses Wortes unserer bemächtigen. Sie sind unantennbar vom gleichzeitigen Gedanken an die Namen Bethmann Hollweg und Erzberger. Das waren jene Friedensoffensiven, welche in Angeboten bestanden, welche deutsche Schwächebekenntnisse in die Welt hinein riefen und den Feinden Mut machten, und ihnen die wankende Zuversicht wiederherstellten, daß sie in dem großen Kampfe doch schließlich die Oberhand gewinnen würden. Nichts hat während des Krieges der deutschen Sache mehr Schaden getan, als das sentimentale oder internationalistisch perfide Phrasengehwasch der Friedensoffensiven. Bei jeder „Friedensoffensive“ waren es aber eine Anzahl strebender deutscher Politiker, welche sich dabei einen „europäischen Namen“ zu machen gedachten und der Anschauung waren, ihnen müsse eben auch das Unglück des Landes zum politischen Besten dienen. Eine Flut von Bitterkeit und Abscheu überkommt uns mit dem Gedanken an jene verlogenen und vom Standpunkte der deutschen Sache aus gesehen törichtesten, in ihrem Ergebnis katastrophalen Versuche, die Friedensoffensiven genannt wurden.

Der deutsche Außenminister, Herr Dr. Stresemann, benannte am 22. Juli seine Sicherheitspolitik mit dem unruhlichen Namen der Friedensoffensive. Ihr politischer und moralischer Wert ist tatsächlich auch damit vergleichbar. Sinzu kommt auch die sehr starke persönliche Vergleichsfähigkeit: Erzberger und Stresemann repräsentieren in ihren Hauptzügen den gleichen Politikertyp, höchstens mit dem Unterschied, daß der jetzige Außenminister größere mimische Talente hat als Erzberger.

In seiner Rede betonte der Außenminister, es handle sich um eine Friedensoffensive großen Stils. Es ist immer eine bedenkliche Sache, wenn jemand sich eine hohe Anerkennung selbst ausspricht. Das geschieht meist aus dem Grunde, daß niemand anderes sich zu einer solchen Anerkennung bewegen fühlt. Daraus ergibt sich angeht des menschlichen Dranges zur Selbstzufriedenheit, daß die Eigenanerkennung meist sachlich nicht berechtigt ist. In der vorvorigen Nummer des „Reichswart“ ist die nicht eben rühmliche Vorgeschichte des Faktvorschlags geschildert worden. Wer sie kennt, wird ihr jede andere Bezeichnung zubilligen, als die, daß sie großen Stils sei. Höchstens der Verzicht auf Elsaß-Lothringen, die Preisgabe einer deutschen Bevölkerung an den französischen Eroberer mag großen Stiles sein.

Aus der Tagespresse wissen unsere Leser, daß zu Anfang der Reichstagsdebatte, der „großen Aussprache“, Stresemann sprach und zum Schluß der Reichskanzler Dr. Luther; ferner, daß ein Unterschied in diesen beiden Reden überall deutlich bemerkt worden ist. Man hat im nationalen, ja sogar in völkischen Kreisen mit großer Befriedigung auf diesen Unterschied hingewiesen und gesagt: Stresemann habe nun an Luther seinen Meister gefunden, der Kanzler werde die Stresemann'sche Sicherheitspolitik in richtige Bahnen leiten, in solche Bahnen, daß man auch vom völkischen und nationalen Standpunkt mitgehen könne. Man stützt diese Hoffnung hauptsächlich auf die Betonung Luthers: Deutschland könne eine neue Sicherheitspakt nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit abschließen, auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker dürfe durch neue Abmachungen nicht geschmälert werden. — Man müßte einander geheimnisvoll zu, das mit dem Selbstbestimmungsrecht gehe hauptsächlich auf Elsaß-Lothringen, also der Verzicht Deutschlands auf die früheren deutschen Reichslande könne das Recht der Selbstbestimmung der elsass-lothringischen Bevölkerung nicht beeinträchtigen. Dafür werde Luther schon sorgen. — Handelte es sich um eine akademische Doktorarbeit, so könnte man darüber reden. Tatsächlich liegen hier die Dinge aber ganz anders: Deutschland erbiethet sich — nach Luther — zur Anerkennung des durch den Versailler Frieden erzwungenen Gebiets- und Grenzstatus. Wenn mithin eben dieser Pakt sich durch die europäischen Weltmächte garantiert, dafür verbürgt, daß Elsaß-Lothringen französisches Gebiet sei und bleibe, daß das elsass-lothringische Volk einen Teil des französischen Volkes bilde, daß Elsaß-Lothringen keine eigenen politischen Grenzen bestimme, sondern seine Grenze durch diejenige Frankreichs gebildet werde, — so wird es wohl das Geheimnis Herrn Dr. Luthers bleiben, wie unter solchen Umständen der elsass-lothringischen Bevölkerung auch nur der kleinste

Bruchteil von einem Rechte zur Selbstbestimmung gewahrt bleiben könne.

Solche Selbsttäuschungen sind politisch verhängnisvoll, schädlich und gefährlich. Nach Innen in diesem Falle, dadurch, daß sie gedient haben, die Deutschnationale Volkspartei für die Luther-Stresemann'sche Politik wieder einzuspinnen. Wenn man das Vertrauen haben könnte, Luther werde mit Energie und Geschick die ganze Parteipolitik zu Fall bringen, wie ganz kluge Leute einander zuflüstern! Das zu glauben wäre ein großer Irrtum. Der deutsche Reichskanzler ist weit entfernt von so feherischen Gedanken. Mehr als wahrscheinlich ist, daß er sich auch innerlich den Stresemann'schen Plan an sich vollkommen zu eigen macht, höchstens an der Aufmachung, besonders aber an der Einleitung des Faktvorschlags durch Stresemann etwas auszuheben gefunden hat. Gerade in diesem Punkte, wenn überhaupt irgendwo, könnte ein gewisses versöhnendes Moment für die Beurteilung des Reichskanzlers persönlich, nicht seiner Politik, liegen; er, der Kanzler, ist durch Stresemann's Eigenmächtigkeit und Hinterhältigkeit in die aus der französisch-englischen Antwort erwachsene überaus schwierige diplomatische Lage hineingeritten worden. Er glaubt — unrichtigerweise — sich genötigt, diesen Kurs aufzunehmen, möchte jedoch einige Verschönerungen und Verschleiierungen anbringen, und — das ist das Entscheidende — Dr. Luther will diesen Versuch mit dem Außenminister zusammen machen. Vielleicht ist das Wort: will nicht zutreffend, vielleicht glaubt der Reichskanzler, die Notwendigkeiten der Partei- und Parlamentarierpolitik bilden für ihn in dieser Beziehung einen unbrechbaren und unausweichlichen Zwang.

In der rechtsstehenden Presse ist im Laufe der vergangenen Woche mit großer Befriedigung „festgestellt“ und wiederholt worden, Luther habe Stresemann die Leitung der auswärtigen Politik abgenommen und werde diese mit fester Hand leiten, — ein Grund mehr natürlich für die Deutschnationale Volkspartei, die Parteipolitik zu unterstützen, mit dem Verzicht auf Elsaß-Lothringen, mit dem Eintritt in den Völkerbund und was sonst noch dazu gehört. Wir haben vorher gesehen, daß der Luther'sche Pakt vom Selbstbestimmungsrecht der Völker nur eine unzureichende Redewendung ist, die der Verschleierung der wirklichen Lage dienen soll. Nicht anders ist es mit der „vollen Gegenseitigkeit“ und Gleichberechtigung. Auch das sind sehr schöne Worte, sehr mutige Worte. Vergessen wir doch nicht, daß der Sicherheitspakt im Zeichen des Versailler Vertrages und des Völkerbundes steht und abgeschlossen werden würde. Die Völkerbundsbestimmungen bilden noch immer einen organischen unabtrennbaren Teil des Versailler Vertrages. Ja, man kann so weit gehen, zu behaupten, daß Völkerbund und Versailler Vertrag ohne einander in praxi unmöglich sind. Damit ist die „volle Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit“ von vornherein ausgeschlossen. Jedenfalls vermag ich mir nicht vorzustellen, daß und wie ein in den Fesseln der Versailler Bestimmungen liegendes und nach wie vor diese anerkennendes Deutschland in der Lage sein sollte, gleichberechtigt zu verhandeln und Politik zu machen. Freilich, wenn man allein darin schon Gleichberechtigung erblickt, daß deutschen Vertretern gestattet wird, mit den anderen Mächten formal auf gleichem Fuß zu verhandeln, so ist das etwas anderes. Erkennt man aber die tatsächliche Wirklichkeit an, daß eben der Versailler Vertrag — auch ganz abgesehen von den militärisch besetzten Gebieten — aus dem Deutschen Reich einen unfreien Staat zweiter Klasse gemacht. Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit sind mithin nichts als sogenannte fromme Wünsche, oder bewußt irreführende Phrasen.

Wir wollen unseren politischen Gegnern aber kein Unrecht tun. Die ganz Klugen unter ihnen rechnen etwa folgendermaßen: vor allem kommt es darauf an, erst einmal im Völkerbund bzw. Völkerbundsrat vertreten und da fest im Sattel zu sein. Haben wir so erst den Fuß in die Türspalte gesetzt, so ergibt sich alles andere bei ein wenig Geduld, Fähigkeit und Geschmeidigkeit schließlich ganz von selbst. Man wisse sich eins mit England in dem Wunsche, den französischen Einfluß auf dem Festlande zu einem immer weniger beherrschenden zu machen. Großbritannien mit seinen langsam aber sicher wirkenden Methoden werde unser Bundesgenosse ganz besonders im Völkerbund sein und so werde eine Fessel des Versailler Vertrages nach der anderen, vielleicht langsam, aber sicher fallen. Dieses sei die einzige Methode für Deutschland, wirklich ins Freie zu gelangen und das geniale Verdienst des Außenministers Dr.

Stresemann sei, diesen Weg gewiesen zu haben. Es ist gern zugegeben, daß diese Theorie Bestehendes hat, solange man nicht auf die Grundlagen der jetzt bestehenden Verhältnisse zurückgeht. Das ist aber nötig. Erinnern wir uns vor allem, daß der Krieg geführt worden ist, um Deutschland auf allen Gebieten, auch auf dem der Wirtschaft, als Macht auszuspielen.

Das Interesse und Bestreben der Ententemächte ist und bleibt heute innerhalb des Rahmens ihrer Gesamtpolitik genau dasselbe. Halten wir uns aber an ein konkretes Beispiel:

In dem Memorandum Dr. Stresemanns vom 9. Februar dieses Jahres finden wir u. a. die folgenden Wendungen: „Die am Rhein interessierten Mächte, vor allem England, Frankreich, Italien und Deutschland“. Es fällt auf, daß Herr Stresemann an erster Stelle gerade England nennt, die Inselmacht, die unsere Interessen nicht an irgendeinen Teil des Rheingebiets grenzt. An letzter Stelle nennt der Außenminister Deutschland, vorher sogar Italien. Aber weiter: „Ein solcher Pakt könnte etwa dahin lauten, daß die am Rhein interessierten Mächte sich gegenseitig verpflichten, die Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietsstandes am Rhein ununterbrochen zu achten. . . . Im gleichen Sinne könnten die Vertragsstaaten in diesem Pakt die Erfüllung der Verpflichtung zur Entmilitarisierung des Rheinlandes garantieren, die Deutschland in den Artikeln 42 und 43 des Versailler Vertrages übernommen hat.“

Machen wir uns klar, was diese Sätze bedeuten: die deutschen Rheinlande, welche eben ihre Tausendjahrfeier begehen, ihre Feiertage als altes deutsches Land, als Teil des deutschen Reiches, — werden vom deutschen Außenminister aus eigenem Antriebe, ohne irgend eine Notwendigkeit, ohne Zwang zu einem internationalisierten Gebiet gemacht. Er verlangt geradezu die Internationalisierung des deutschen Rheinlandes, denn eine internationale Garantie eines Gebietes, eines Landes, bedeutet ohne Weiteres seine Internationalisierung, das Recht der Kontrolle durch die Garantemächte und damit das Recht der Einmischung. Darin liegt ebenso von vornherein eine Kraft, ein wirtendes Streben enthalten, welches die Rheinlande zu etwas anderem machen wollen und werden lassen, als das übrige deutsche Reich. Herr Stresemann und Herr Dr. Luther rechnen sich die „Befreiung“ der Rheinlande zum besonderen Ruhmestitel und führen schon dieses Ziel fortwährend als Rechtfertigung für ihre Parteipolitik an. Es bezeichnet die ganze Oberflächlichkeit der öffentlichen Meinung in Deutschland, daß darüber vollkommen übersehen wird, wie die internationale Garantie und Kontrolle eine neue Unfreiheit, eine neue Hörigkeit der Rheinlande schafft und ein neues Moment der Abtrennung vom Reich und vom deutschen Volk. Dieses wird vielleicht allmählich immer mehr hervortreten. Damit kommen wir zurück auf die Beweisführung jener, welche die Stresemann'sche Politik für richtig halten und sagen: das Alles würde sich allmählich auswirken. Gewiß, das wird hier der Fall sein, allmählich, vielleicht zunächst wenig merkbar. Aber die Richtung dieser Kräfte ist unzweifelhaft. Im „Reichswart“ ist bereits früher von dem außerordentlichen Interesse Großbritanniens an den Rheinlanden gesprochen worden. Während der vergangenen sechs Jahre ist sich die britische Politik und Wirtschaft sehr klar darüber geworden, von wie gewaltigem Wert für sie das Rheinland ist und immer mehr werden wird, für die britische Wirtschaft und für den britischen Handel und für den politischen Einfluß des Inselreichs auf dem europäischen Festlande. Denkt man über diese Zusammenhänge etwas mehr nach, so zeigt sich das britische Bestreben, aus den deutschen Rheinlanden etwas wie ein neues Belgien zu machen. Das Einzige, was aber ist, daß ein deutscher Außenminister, ein deutscher Kanzler und eine Mehrheit des Reichstages geradezu mit Begeisterung auf den Plan eingeht. Man begreift um so klarer nun, weshalb die Anregung zum Pakt gerade von britischer Seite gegeben worden ist. — Das deutsche Angebot fordert, wie in jedem Punkte, ohne Not, daß die Vertragsstaaten oder Garantestaaten ebenfalls die Erfüllung der Verpflichtung zur Entmilitarisierung des Rheinlandes garantieren. Diese Verpflichtung ist im Versailler Vertrag niedergelegt. Das deutsche Paktangebot will mithin befehlen auch jene Zwangsbestimmung von Versailles freiwillig erneuern, verewigen und unter die Garantie jener Mächte stellen. Der Leser wird fragen: wie ist das möglich? In Nummer 28 des „Reichswart“ ist das Memorandum vom 9. Februar abgedruckt worden, als ein